

Medienmitteilung

Thema	Parolen zu den Abstimmungen vom 28. Februar
Für Rückfragen	Daniel Näf, Geschäftsführer glp Kanton Bern 079 441 71 51, be@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Kanton Bern, Postfach 6350, 3001 Bern eMail be@grunliberale.ch , www.be.grunliberale.ch
Datum	4. Februar 2016

Abstimmungen vom 28. Februar 2016: Parolen der Grünliberalen Partei Kanton Bern.

Anlässlich der Vorstandssitzung vom 3. Februar haben die Grünliberalen die Parolen für die kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen vom 28. Februar 2016 gefasst. Auf kantonomer Ebene unterstützt die glp den Hauptantrag zur Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung (Krankenkassen-Prämienverbilligung). Den Eventualantrag lehnen wir ab. Als wirtschaftsfreundliche Partei unterstützen die Grünliberalen auch den Ausführungskredit für den Neubau der Rechtsmedizin und die klinische Forschung der Uni Bern. Zu den nationalen Vorlagen sagen die Grünliberalen des Kanton Bern vier Mal Nein (Durchsetzungsinitiative, Spekulationsstoppinitiative, Initiative für Ehe und Familie und Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr).

Ja zu wirksamen Krankenkassen-Prämienverbilligungen

Die Grünliberalen Kanton Bern befürworten den Hauptantrag zur Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung. Nur wenn das gesetzliche Minimalziel aufgehoben wird, können die begrenzten Mittel effizient eingesetzt werden und sich an den finanziellen Verhältnissen der Bevölkerung orientieren. Entsprechend lehnt die glp den Eventualantrag ab. In der Stichfrage ist folglich dem Hauptantrag zuzustimmen.

Ja zur medizinischen Forschung und Medizinaltechnik in Bern

Die Grünliberalen unterstützen den Ausführungskredit für das Bauvorhaben an der Murtenstrasse 20-30. „Die Medizinaltechnik als zentrales Standbein der Berner Wirtschaft sowie die Wichtigkeit der medizinischen Forschung in Bern fordern diese Standortkonzentration. Wollen wir auf diesen Gebieten weiterhin mit der Spitze der Schweiz mithalten, dürfen wir diese Investitionen nicht scheuen“, meint Franziska Schöni-Affolter, Co-Präsidentin der glp Kanton Bern.

Nein zur dogmatischen Spekulationsstoppinitiative

Nach einer intensiven Diskussion sprach sich der Vorstand deutlich gegen die Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“ aus. Mit den Positionslimiten im Finanzmarktinfrastukturgesetz wurde bereits die Massnahme beschlossen, welche gemäss FAO das beste Mittel zur Bekämpfung von Nahrungsmittelspekulationen ist. Die Jungsozialisten instrumentalisieren mit ihrer Initiative die Ärmsten für ihr Politmarketing, was wir nicht akzeptieren können. Die Grünliberalen unterstützen diese Positionslimiten gegen schädliche Spekulation mit Nahrungsmitteln, aber sie sagen Nein zu dieser dogmatischen Initiative.

Nein zur unverhältnismässigen Durchsetzungsinitiative

Die Initiative zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer lehnen die Grünliberalen Kanton Bern einstimmig ab. Die Durchsetzungsinitiative ist völlig unverhältnismässig, weil sie für einen willkürlichen Katalog

von Bagatelldelikten zwingend eine Ausschaffung vorsieht. Dies führt zu ungerechten Resultaten, die einem Rechtsstaat nicht würdig sind.

Nein zur diskriminierenden Initiative für Ehe und Familie

Die Initiative für Ehe und Familie lehnen die Grünliberalen Kanton Bern ebenfalls einstimmig ab. Die Initiative ist diskriminierend, weil sie die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in der Verfassung ausschliesst. Sie ist aber auch steuerpolitisch falsch: „Statt einzig auf die sogenannte Heiratsstrafe abzielen, wollen die Grünliberalen ganz zu einem zivilstandsunabhängigen Steuersystem übergehen“, so Co-Präsident Michael Köpfler.

Ja zum Alpenschutzartikel, Nein zu einer zweiten Gotthardröhre

Den Bau einer zweiten Röhre durch den Gotthard lehnen die Grünliberalen Kanton Bern klar ab. Die Vorlage des Bundesrates ist aus Sicht der Grünliberalen eine Mogelpackung. Co-Präsident Jürg Grossen: „Das einspurige Verkehrsregime in beiden Gotthardröhren würde unter dem Druck aus dem In- und Ausland schon nach kurzer Zeit fallen und der Alpenschutzartikel wäre damit Geschichte. Statt dem Bau eines neuen Strassentunnels, muss die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene konsequent vorangetrieben werden.“